

Lodzer

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 319. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post **Ploty 3.—**, wöchentlich **Ploty —.75**; Ausland: monatlich **Ploty 6.—** jährlich **Ploty 72.—**, Einzelnummer 10 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Betrianer 109
Telephon 136-90. Postfachkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—5.30.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckseite 1.— Ploty; falls diesbezügliche Anzeige angegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Handlungsfreiheit der sozialistischen Parteien bezüglich des Verhältnisses zu den Kommunisten.

Paris. Der Vollzugsausschuss der II. Internationale beendete Sonnabend nach 1 Uhr Mitternacht seine viertägige Tagung. Auf dem Programm stand die Aussprache über die Lage der Arbeiterklasse in Spanien und die Einladung der III. Internationale zu gemeinsamen Verhandlungen der beiden Internationales über ein Zusammenwirken in Angelegenheit Spaniens. Der Vollzugsausschuss sprach sich grundsätzlich für diese Zusammenarbeit aus.

Auf Ersuchen der französischen Sektion verhandelte der Vollzugsausschuss der II. Internationale darüber, daß die Erfahrungen der seit dem Sommer in Frankreich wirklichen und durchgeführten sozialistisch-kommunistischen Einheitsfront auch auf die Sektionen der sozialistischen Partei in den übrigen Staaten ausgedehnt werden. Während der Verhandlungen, die sich durch einige Sitzungen hinzogen, bildeten sich zwei Strömungen, eine für und eine gegen die vorgeschlagene Einheitsfront. Dem französischen Antrag schlossen sich die Delegierten Italiens und Spaniens sowie die Vertreter der kleineren Gruppen an, während die Vertreter der demokratischen Staaten, hauptsächlich Englands, Hollands, der skandinavischen Staaten und der Tschechoslowakei, gegen die Verallgemeinerung der sozialistisch-kommunistischen Einheitsfront Stellung nahmen. Diese Staaten verwiesen darauf, daß sie auf die Einheitsfront mit den Kommunisten nicht eingehen können und diese in der gegenwärtigen Zeit direkt ablehnen.

Nach Schluß der Aussprache präziserte der Exekutiv-ausschuss der II. Internationale seinen Standpunkt hinsichtlich einer gemeinsamen Aktion mit der III. Internationale. In der gefaßten Resolution heißt es:

Während in Frankreich und in anderen Ländern die einheitliche Aktion zustandekam, werden in Großbritannien, Holland, den skandinavischen Ländern, der Tschechoslowakei u. a. die kommunistischen Anträge abgelehnt. Unter diesen Umständen hat jede Sektion der II. Internationale bei ihrer vollen Autonomie volle Handlungsfreiheit.

Mehrere Delegationen haben zwar diese Resolution genehmigt, daneben aber eine eigene Resolution unterfer-

tigt, in welcher der Wunsch ausgesprochen ward, daß in nächster Zeit neue Versuche auf Initiative der II. Internationale mit dem Zwecke unternommen würden, eine Vereinbarung herbeizuführen, die von einer Fusion mit der kommunistischen Internationale gefordert sein würde. Diese Resolution haben die französische, die schweizerische, die spanische, die italienische, die polnische, die russische (sozialdemokratische) und österreichische Delegation unterzeichneten.

Die Internationale und die Saarabstimmung.

Paris, 19. November. Der Exekutiv-ausschuss der sozialistischen Internationale beschloß auch eine Resolution in Sachen der Abstimmung im Saargebiet. In der Resolution wird auf die Bedeutung des von den Gegnern des Hitlerismus geführten Kampfes im Saargebiet hingewiesen; der Völkerverbund wird aufgefordert, für die freie und ehrliche Abstimmung Sorge zu tragen. Der Saarbevölkerung solle die Zustimmung gegeben werden, daß sie für den Fall der Verlängerung des gegenwärtigen Zustandes zur Verwaltung des Landes herangezogen werden wird und später eine neue Abstimmung durchgeführt werden wird. Der Bevölkerung müßten auch gewisse Sicherungen sozialer Natur usw. gegeben werden.

Hilfe für die spanischen Republikaner.

In Paris konstituierte sich eine Gesellschaft der Freunde Spaniens, die den Zweck verfolgt, das Asylrecht für die spanischen politischen Flüchtlinge zu organisieren. Außer ungefähr 250 Abgeordneten, die Mitglieder der französisch-spanischen Parlamentsgruppe sind, gehören dem Ausschusse zahlreiche Schriftsteller, Professoren, Advokaten, Mitglieder französischer Institute u. a. an.

Der Exekutiv-ausschuss der Sozialistischen Arbeiter-Internationale befaßte sich mit der Lage des spanischen Sozialismus und der spanischen politischen Flüchtlinge. Der Delegierte der Internationale, der französische Abgeordnete Vincent Auriol, der in Spanien eine Enquete abgehalten hatte, berichtete dem Exekutiv-ausschuss über die Situation.

Stadttrawahlen im Dombrowaer Kohlenrevier.

Am Sonntag finden in einigen Städten des Dombrowaer Kohlenreviers Stadttrawahlen statt. In Bendzin zeitigte die Wahlen folgendes Ergebnis: Regierungsbloc 16 Mandate, PPS 5, Juden 15 und radikale Linke 4 Mandate. In Dombrowa: Regierungsbloc 19, PPS 10, Juden 1 und radikale Linke 2 Mandate. In Zawiercie: Regierungsbloc 19, PPS 10, Juden 3 Mandate.

Massenverhaftungen in Lublin.

Auf dem Gebiete des Lubliner Kreises wurde in der Nacht zu Sonntag von der politischen Polizei eine große Razzia durchgeführt, indem Hausdurchsuchungen bei Anhängern des Polnischen Nationalradikalen Lagers, der Kommunisten und der jüdischen Revisionisten vorgenommen wurden. Insgesamt 50 Personen wurden verhaftet.

Massenverhaftungen an der polnisch-russischen Grenze.

Im Zusammenhange mit einer groß angelegten Affäre von Menschenenschmuggel nach Sowjetrußland sind in diesen Tagen 80 Personen im Gebiet, das an der polnisch-sowjet-russischen Grenze gelegen ist, verhaftet worden. Darunter befinden sich kommunistische Agitatoren, die Personen zur Flucht über die Grenze verholten hatten, welche von den Gerichtsbehörden gesucht wurden.

Die polnischen Arbeiter in Frankreich.

Vor neuen Ausweisungen.

Die letzten eingelaufenen Meldungen über neue Entlassungen polnischer Arbeiter in Frankreich haben in Polen beträchtliche Beunruhigung hervorgerufen. Polnischen amtlichen Berichten zufolge betrug die Zahl der in Frankreich arbeitenden polnischen Staatsbürger am 1. Januar 1934 523tausend Personen. Im Laufe dieser 10 Monate sind gegen 6000 polnische Arbeiter aus Frankreich ausgewiesen worden, so daß gegenwärtig noch etwa 517tausend polnische Arbeiter in Frankreich beschäftigt sind. Die meisten Polen gibt es in der Gegend von Lille, wo gegen 200tausend Polen wohnen. Den aus Frankreich ausgewiesenen polnischen Bergarbeitern geben die Grubenverwaltungen Reisegeld sowie eine einmalige Abfindungssumme in Höhe von 300 bis 500 Francs. Die polnischen Behörden haben nun Bemühungen angestellt, damit allen aus Frankreich ausgewiesenen polnischen Arbeitern Reisegeld mitgegeben wird.

Das Kabinett Theunis gebildet.

Brüssel, 20. November. Die neue Regierung ist trotz der Schwierigkeiten, die in letzter Stunde wegen der Befetzung des Unterrichtsministeriums entstanden waren, noch in später Nachtstunde gebildet worden. König Leopold hat kurz vor Mitternacht Theunis empfangen und der ihm vorgelegten Ministerliste seine Zustimmung erteilt. Das Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident ohne Portefeuille: Theunis (Katholik), Minister ohne Portefeuille: Francaque (Liberal), Außenminister: Symans (Liberal), Landesverteidigung: Debeze (Liberal), Justiz: Bobesse (Liberal), Innenminister: Pierlot (Katholik), Unterricht: Hernaux (Liberal), Finanzen: Gut (Liberal), öffentliche Arbeiten, Landwirtschaft und Mittelstand: van Cauwelaert (Katholik), Arbeit: Kubbaq (Katholik), Wirtschaft: van Flader (Katholik), Verkehr und Post: Du Bus de Warnaffe (Katholik), Kolonien: Charles (Katholik).

Die Sowjetwahlen.

Auf dem gesamten Staatsgebiet der Sowjetunion finden seit 1. November l. J. die Wahlen in die Sowjets statt. Nach Angaben der Zentral-Wahlkommission für Innen-Rußland haben bis zum 13. November die Wahlen in 979 Dorf-Sowjets Innen-Rußlands stattgefunden. Insgesamt haben 607 216 Personen gewählt, davon 292 636 Frauen. In die neuen Dorf-Sowjets wurden 22 987 Vertreter gewählt. Im Vergleich mit den früheren Wahlen ist die Wahlbeteiligung der Frauen von 20,9 auf 24,4 Prozent gestiegen.

Keine Einigung in der Flottenfrage

Japan lehnt die englischen Vorschläge ab.

London, 19. November. Anlässlich der Ueberreichung der japanischen Antwort auf die englischen Vorschläge in der Flottenfrage sind heute im Laufe des Abends die Pressevertreter ins Foreign Office gebeten worden, wo ein Ueberblick über den Stand der Angelegenheit gegeben wurde. Von japanischer Seite war, wie bekannt, eine Aufrechterhaltung des bisherigen Quotensystems 5:5:3 von vornherein abgelehnt worden. Als Grundlage einer künftigen Vereinbarung und gleichzeitig als Voraussetzung hatten die Japaner zwei Formeln vorgebracht, nämlich: 1. Ausschluß jeden Angriffs und jeder Bedrohung und 2. Völlige Gleichstellung mit den anderen beiden Mächten im Hinblick auf die nationale Sicherheit. Im Laufe der Verhandlungen hatte die japanische Abordnung, von dieser Voraussetzung ausgehend, vorgeschlagen, für alle drei Seemächte eine gemeinsame obere Grenze für die Ersatzleistungen festzusetzen. Mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des britischen Weltreiches waren die Japaner gewillt, zuzugestehen, daß Großbritannien den Spielraum zwischen seinem derzeitigen Flottenstand und der gesamten oberen Grenze in vollem Umfange tatsächlich in Anspruch nahm, während sich Japan mit dem theoretischen Zugeständnis begnügen wollte. Gleichzeitig bestritt jedoch die japanische Abordnung den Vereinigten Staaten den Anspruch auf eine Flotte von gleichem Umfange wie der britischen. Wie nunmehr erklärt wird, hat man sich von englischer Seite dieser

Auffassung nicht anschließen können, schon weil im Washingtoner Vertrag die amerikanische der englischen Flotte gleichgestellt war. Die englischen Vorschläge liefen darauf hinaus, daß sich die beteiligten Mächte gegenseitig den Anspruch auf ein gleiches Maß von Sicherheit zugestehen, daß man sich aber trotzdem über den Umfang der einzelnen Flotten untereinander verständigt, mindestens in der Form, daß jede der Seemächte ihr Bauprogramm auf mehrere Jahre hinaus selbständig festlegt und den anderen Teil der Vereinbarung offiziell zur Kenntnis bringt.

Diese Vorschläge müssen nunmehr als abgelehnt gelten. In englischen politischen Kreisen wird jedoch darauf hingewiesen, daß im Washingtoner Vertrag außer der Begrenzung des Umfanges der Flotten noch einige Bestimmungen enthalten sind, die für Großbritannien Interesse haben.

Man hofft hier jedoch, mit den Japanern zu einer Einigung kommen zu können und wird schon deshalb die Verhandlungen fortsetzen. Im Laufe des Abends hatte der Staatssekretär des Auswärtigen noch eine Besprechung mit dem japanischen Botschafter. Sie nahm über eine Stunde in Anspruch und gab wenig Hoffnung, in der Hauptstreitfrage zu einer baldigen Lösung zu gelangen. Die Unterredung konnte heute noch nicht zu Ende geführt werden und wird fortgesetzt.

Wieder ein japanisches Ultimatum an China.

Bereits neue Kämpfe im Gange?

Peking, 19. November. Wie aus gutunterrichteten Kreisen berichtet wird, haben die japanischen Militärbehörden an die chinesischen Behörden der Provinz Tschahar, die beschlossen hat, den japanischen Truppen bewaffneten Widerstand entgegenzustellen, ein Ultimatum gerichtet.

Die jugoslawische Demarche in Genf.

Beratungen der Kleinen Entente.

Paris, 19. September. Der Genfer Korrespondent der Havas-Agentur berichtet über die Beratungen der Minister der Kleinen Entente in Sachen der geplanten Demarche Jugoslawiens beim Völkerbund und versichert, daß Jugoslawien von seinem Standpunkt wegen des Marseiller Attentats nicht abweichen und den Völkerbundrat noch in dieser Woche anrufen werde.

Vor der heutigen Abrüstungskonferenz.

Genf, 19. November. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, der am Sonntag abend in Genf eingetroffen ist, hat Montag vormittag mit dem amerikanischen Delegierten Wilson, dem russischen Volkstornikar Litwinow und anderen Delegierten Vorbesprechungen für die morgige Sitzung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz gehabt.

Wie verlautet, beabsichtigt Henderson, im Einklang mit dem im Juli vorgelegten amerikanischen und von den Engländern grundsätzlich bewilligten Antrag die künftigen Arbeiten der Abrüstungskonferenz auf die Kontrolle des Waffenhandels zu konzentrieren.

Es wird auch erwartet, daß Litwinow auch bei dieser Gelegenheit wieder die Umwandlung der Abrüstungskonferenz in eine ständige Friedenskonferenz beantragen wird.

Schwache Vertretung Polens in Genf.

Auf der Dienstag beginnenden Tagung des Völkerbundrates und im Präsidium der Abrüstungskonferenz wird Polen durch seinen bisherigen ständigen Vertreter in Genf und gegenwärtigen Botschafter Raczynski vertreten sein.

Spannung in der amerikanischen Textilindustrie.

Gegen Warenaustausch mit Deutschland.

Washington, 19. November. In der Textilindustrie hat sich wiederum eine sehr kritische Lage eingestellt und die Möglichkeit eines neuen Riesenstreiks ist sehr nahe gerückt. Die Führer der Textilarbeitergewerkschaften bezagen über die nach Beendigung des kürzlichen Riesenstreiks entstandene Lage.

Der frühere Streikführer Francis Gorman, die Seele der gesamten Textilarbeiterbewegung, hat erklärt, daß er sich dem angeblich geplanten Austausch von amerikanischer Baumwolle gegen deutsche Textilwaren im Namen der Arbeiterchaft mit größter Energie widersetzen werde.

Hungermarsch auf Nancy.

Paris, 19. November. Etwa 5000 Arbeitslose aus dem Industriegebiet von Neuves Maisons und Chaligis haben am Montag mit ihren Familien einen Hungermarsch auf Nancy unternommen, wo sie dem Präfekten des Departements mehrere Forderungen überreichten.

Brand in einem Petroleumwerk.

Bei einem Brande in einem Werk der englisch-perischen Petroleumgesellschaft in Madan am Sonntag kamen drei jüdeuropäische Arbeiter ums Leben.

Todesstrafe gegen Matuschla beantragt.

Aus Budapest wird gemeldet: Der Matuschla-Prozess steht jetzt unmittelbar vor dem Abschluß.

In der Montagssitzung begann der Oberstaatsanwalt seine Anklagerede mit der Schilderung des Eisenbahnattentats und ging hierbei auf die Person Matuschlas ein, der bei Verübung des Attentats auf Massenmord ausging.

Ein französischer Matuschla.

Wie erst jetzt bekannt wird, sind dieser Tage an ein und derselben Stelle zwei verbrecherische Versuche unternommen worden, den jahrplanmäßigen Schnellzug von Paris nach Dänkirchen, der in Dänkirchen Anschluß an den Kanaldampferdienst nach England hat, zum Entgleisen zu bringen.

In den beiden Fällen wurde an einer unüberwachten Stelle des Schienenstranges zwischen den Städten Choques und Lille die Schienen gelockert, so daß es unbedingt zu einer Katarstrophe hätte kommen müssen, wenn es nicht gelungen wäre, die Schadhastigkeit an den Gleisen zu entdecken und vor Passieren eines Zuges auszubessern.

Aus Welt und Leben.

Eine versunkene Stadt.

In der Nähe des Bisulpin-Sees im Kreise Jura wurden durch Ausgrabung die Reste einer großen Stadt freigelegt. Die Stadt erhob sich einst auf einer fumpfigen Halbinsel des Sees auf einem Gebiete von 115 Hektar.

Wolfsplage in den Ostgebieten.

In den polnischen Ostgebieten sind in der letzten Zeit ganze Rudel Wölfe aufgetaucht, die die Landbevölkerung stark heunruhigen.

Piccards Bruder war über 17 Kilometer hoch.

Der Aeronautische Verband in Detroit hat die Meßinstrumente des Stratosphärenballons Piccards geprüft und festgestellt, daß Piccard und seine Frau am 28. Oktober die Höhe von 11 Meilen (17 672 Meter) erreicht haben.

Lateinschrift in Sowjetrußland.

Die Aktion für die Einführung der lateinischen Schrift bei den verschiedenen Völkern Sowjetrußlands hatte einen ungewöhnlichen Erfolg, da nach den letzten Feststellungen bereits 25 Millionen Menschen, Angehörige von 70 Völkern der Sowjetunion, das lateinische Alphabet schreiben.

Die Folgen eines Telegramms.

Haussuchung beim Autor des „Fräulein Doktor“.

Der polnische Regisseur Tapa, Autor des viel gespielten Stücks „Fräulein Doktor“ hat ein neues Stück, „Der Diktator“, geschrieben. Tapa war nun bemüht, sein Stück auch nach Deutschland zu verkaufen.

Herr S. fuhr nach Berlin ab. Einige Tage später erhielt Regisseur Tapa ein Telegramm folgenden Inhalts: „Dyktatora sprzobalem. Góbbels czeka.“ („Den Diktator habe ich verkauft, Góbbels wartet“.)

Wer freute sich mehr als Tapa! Doch mit des Geschickes Mächten...! Groß war Tepas Erstaunen, als er, wie der „Robotnik“ berichtet, am späten Abend desselben Tages den Besuch der Polizei erhielt, die seine Wohnung einer äußerst gründlichen Revision unterzog.

Tagesneuigkeiten.

Sekretär Linke freigegeben.

Der Sekretär Artur Linke von der Deutschen Abteilung des Verbandes der Textilarbeiter ist gestern nachmittags aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Ob gegen Sekretär Linke eine Anklage erhoben wird, ist noch unbekannt.

Anschlag gegen die Dorschter Zufuhrbahn

Bisher unermittelte Täter legten in der Nähe des Dorfes Aleksandrja, Gemeinde Chociszew, Kreis Leczyca, mehrere große Steine auf die Zufuhrbahnlinie, die zweifellos eine Entgleisung der Bahn zur Folge gehabt hätten.

Vom Transmissionsriemen erschlagen.

In der Dampfmühle von Szymon Dorwancki in Kozuski wollte der 43 Jahre alte Arbeiter Stefan Adamczyk einen Riemen auf das Transmissionsrad auflegen, als dieses im Betriebe war.

Achtung! Lodzer Ortsgruppen Chojny und Nowo-Blotno!

Sonntag, den 25. November, 9.30 Uhr vormittags, findet im Lokal der Ortsgruppe Lodz-Sk, Domyńska 14, eine

Mitgliederversammlung

aller Lodzer Ortsgruppen sowie der Ortsgruppen Chojny und Nowo-Blotno

statt. Tagesordnung: 1. Der allgemeine Parteitag in Bielitz, Referent Gen. E. Jęzbe; 2. Wahl der Delegierten zum Parteitag.

Pflicht. Der Vorsitzende der Exekutive Lodz.

boden geschleudert. Der Verunglückte erlitt einen Bruch des Rückgrats sowie der Schädeldecke.

In der Spinnerei von Rubin und Herzson in Lodz an der Senatorstra 11 geriet der Arbeiter Kazimierz Goronoff, wohnhaft Kawska 31, mit der linken Hand in das Getriebe einer Maschine, wobei ihm zwei Finger abgequetscht wurden.

Neuer Leiter des Bartoszewicz-Museums.

Im Konferenzsaale der Lodzer Stadtverwaltung fand eine Sitzung der städtischen Museumskommission statt, in welcher neben verschiedenen Organisationsfragen auch die Frage des neuen Leiters des städtischen geschichtlichen Bartoszewicz-Museums erörtert wurde.

Einschreibung der Militärschlichtigen.

Heute, Dienstag, haben sich im Militärbüro an der Petrikauer 165 die Männer des Jahrganges 1913 und älterer Jahrgänge zur Einschreibung in die Rekrutenliste einzufinden, die bisher noch nicht eingeschrieben sind.

Wer Bücher liest wird Mitglied der Bucherei „Fortschritt“! Petrikauer 109

Eröffnet jeden Dienstag u. Freitag von 6-8 Uhr

